

TOURISMUS

Die Exo Mani
Ithaka
Parga

RELIGION

Die Wege des Apostel Paulus

GESELLSCHAFT

Das Lächeln des Kindes

KUNST

"Zyprischer Frühling"

DORA BAKOJANNIS
Außenministerin Griechenlands

DORA BAKOJANNIS

Außenministerin Griechenlands

Das Interview mit der Außenministerin Griechenlands, Frau Dora Bakojannis, führte für das neaFon Magazin Dimitrios Pergialis am 29. Januar 2007.

neaFon: Frau Bakojannis, in der 3500 jährigen Geschichte Athens waren Sie die erste Frau an der Spitze des Rathauses und jetzt sind Sie auch die erste Frau in der Geschichte Griechenlands als Außenministerin. Auch in Deutschland gibt es mit Angela Merkel eine starke Frau in der europäischen Politikszene. Haben die Frauen in der Politik sich etabliert oder wird weiter gekämpft um Anerkennung.

D. Bakojannis: Es ist wahr, dass die weltweite Politik im Prinzip nach wie vor hauptsächlich männlich dominiert ist. Trotzdem gibt es weltweit eine steigende Anzahl von Frauen, die in wichtige Positionen in Politik und Regierungen aufsteigen. Aber hier liegt noch ein weiter Weg vor uns. Wie Sie wissen, gibt es leider noch eine Reihe von Ländern, in denen Frauen kein Wahlrecht besitzen. Es muss deutlich werden, dass Politik keine Frage des Geschlechts ist. Es ist vielmehr eine Frage, wie man Politik macht. Es geht darum, ob er oder sie eine deutliche Vision hat, bestimmte Ziele und die notwendigen Fähigkeiten besitzt, um diese Ziele mit Würde und Ehrlichkeit zu erreichen. Sogar in unserer fortschrittlichen Demokratie in der EU brauchen wir mehr Frauen in den Parlamenten, in Führungspositionen, Frauen mit dem politi-

schen Mut, ihre Visionen zu artikulieren und damit die Vielfalt zu steigern und die Demokratie zu stärken. Und, lassen Sie mich das sagen, es gibt sehr viele Frauen, in denen diese Potentiale zu Genüge vorhanden sind.

neaFon: Deutschland hat den Ratsvorsitz in der EU übernommen. Was für Probleme, glauben Sie, haben die Deutsche Bundesregierung und Frau Merkel zu bewältigen. Nach Deutschland kommen Portugal und Slowenien in der Reihe. Was können die so genannten "kleinen" Länder zur EU-Politik beitragen.

D. Bakojannis: Zum Zeitpunkt der deutschen Übernahme der Präsidentschaft steht Europa vor einer Richtungsentscheidung. Mit anderen Worten, Europa muss endlich anfangen, alle notwendigen Veränderungen durchzuführen, damit die erweiterte Europäische Union wettbewerbsfähig bleibt und weiterhin flexibel auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren kann. In diesem Zusammenhang ist es eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Präsidentschaft, den Prozess wiederzubeleben, der mit dem Europäischen Verfassungsvertrag begonnen hat. Wir sind uns einig in der

Auffassung, dass die Zukunft des Vertrags entscheidend für die Zukunft Europas ist, insbesondere nach der Erweiterung. Darüber hinaus sollte die Phase des Nachdenkens nicht ewig dauern und das Handeln wieder in den Vordergrund treten. Wenn man darüber hinaus noch bedenkt, dass mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien jetzt 18 von 27 Ländern, also mit anderen Worten etwa zwei Drittel der EU-Mitgliedsstaaten, die Verfassung ratifiziert haben, ist es absolut richtig von Frau Merkel, die Europäische Verfassung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Alle Mitgliedsstaaten sind jetzt in der Pflicht, die deutsche Präsidentschaft bei dieser schwierigen Aufgabe mit einer konstruktiven Gesinnung zu unterstützen. Außerdem ist allen Mitgliedsstaaten ja klar, dass die kleineren Länder die Mehrheit der Mitgliedsstaaten und etwa 30% der Bevölkerung der EU ausmachen. Sie tragen enorm viel zum europäischen Entscheidungsfindungsprozess bei, weil jedes Land sehr viel Erfahrung beisteuern kann. In Europa gibt es keine großen und kleinen Länder. Die Stärke der Union ist ihre Einheit und daran wirken alle Mitglieder mit, ungeachtet ihrer Größe. Ich könnte hier z.B. einige äußerst erfolgreiche Präsidentschaften kleinerer und mittlerer Länder aus den vergangenen Jahren anführen. Ich freue mich auch schon sehr darauf, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die Präsidentschaft eines Mitgliedsstaates zu erleben, der in der letzten Erweiterungsrunde zu uns gestoßen ist: Slowenien.

neaFon: Frau Außenministerin, was sind dieses Jahr Ihre Ziele in der Außenpolitik.

D. Bakojanis: Die griechische Außenpolitik fußt auf Kontinuität und Beständigkeit. In all den Jahren war das Herzstück unserer Politik das Werben für Stabilität, Frieden, Entwicklung und die Zusammenarbeit zwischen Völkern und ihren Staaten. Als Außenministerium sind wir fest davon überzeugt, den griechischen Interessen am besten zu dienen, indem wir alles dafür tun, um den Zusammenhalt der EU zu gewährleisten und

zu vertiefen und für ein Funktionieren ihrer Organe zu sorgen. Angesichts der internen und externen Herausforderungen glauben wir fest daran, dass wir mehr Europa brauchen und nicht weniger. Wir sind für eine Europäische Union, die allen Ländern des Europäischen Kontinents offen steht, die bei uns dabei sein wollen und die Beitrittskriterien erfüllen. Was das angeht, befürwortet Griechenland ausdrücklich die europäische Integration Südost-Europas. Wir sind in vielfältiger Weise in der Balkanregion präsent, um für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Griechenland arbeitet selbstverständlich stetig daran, die Beziehungen zur Türkei zu normalisieren, was zwar alles andere als ein-



fach ist, aber nichtsdestotrotz für unsere beiden Länder und auch die ganze Region umso wichtiger. Wie Sie wissen, treten wir entschieden für eine europäische Zukunft der Türkei ein, erinnern aber auch daran, dass die EU eine unmissverständliche Haltung vertritt, was die aufrichtige Erfüllung und vollständige Einhaltung der Beitrittskriterien für Vollmitglieder angeht. Zu guter Letzt kämpft unsere Regierung auch für eine dauerhafte, durchführbare und sinnvolle Lösung des Zypernproblems. Wir möchten uns dabei so konstruktiv wie möglich einbringen, um sicherzustellen, dass jede von der UNO vorgeschlagene Lösung die europäischen

Bild oben:

Dora Bakojanis, Außenministerin Griechenlands, im Gespräch mit **Dimitrios Pergialis**, Chefredakteur des neaFon Magazins

Grundsätze sowie die Wünsche des zyprischen Volkes, das auf dieser nach wie vor geteilten Insel lebt, berücksichtigt.

neaFon: Sind Sie für eine wirtschaftliche Diplomatie die nächsten Jahre auf dem Balkan und wird diese einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen.

D. Bakojannis: In den internationalen Beziehungen steht die wirtschaftliche Diplomatie mittlerweile weit vorne im Rampenlicht. Daher ist es ein Eckpfeiler griechischer Außenpolitik, einen Akzent auf Themen wie Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen, multilaterale Wirtschaftsverhandlungen usw. zu setzen. Dies entspricht unserem Verständnis von "Wirtschaftsdiplomatie". Griechenland ist bereits der größte Investor im Balkan. Es ist doch klar, dass wir uns, wenn wir Frieden, Stabilität, Fortschritt und Wohlstand in unserer Region haben wollen, auch für den Aufbau eines einigen und starken Wirtschaftsraumes im Balkan einsetzen müssen. Wir glauben daran, dass dies den Abschluss des Erweiterungsprozesses erleichtern und bestärken wird und gleichzeitig unmittelbare wirtschaftliche Vorteile für alle zur Folge hat. Gleichzeitig werben wir für die Errichtung von Hauptverkehrswegen, die die Länder der Region verbinden. Griechenlands drittes Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes, indem die nationale Energiegesetzgebung der Nachbarländer unserer Region mit der derzeit in der EU gültigen Gesetzgebung harmonisiert wird. Lassen Sie mich anmerken, dass Griechenlands Wirtschaftsdiplomatie über den Balkan hinausgeht. Wir unterstützen jedes griechische Unternehmen, das sich entscheidet, in bisher unerschlossene Märkte im Ausland zu gehen. Unsere Absicht ist es, neue Märkte zu erschließen. Nicht unbedeutende Beispiele dafür sind der Besuch unseres Premierministers kürzlich in China sowie vergleichbare Bemühungen, die in Bezug auf den Nahen Osten auf den Weg gebracht wurden.

neaFon: Frau Ministerin, seit dem 1. Januar

sind noch zwei Länder, Bulgarien und Rumänien, EU-Mitglieder. Fühlen Sie sich jetzt doch ein bisschen anders, da Griechenland jetzt eine Grenze mit der EU hat.

D. Bakojannis: Wir haben Bulgarien und Rumänien mit Freude in die Union aufgenommen. Griechenland war ein zuverlässiger Befürworter des EU-Beitritts der beiden Länder. Besonders aus zwei Gründen sind wir zufrieden. Erstens, weil uns zum ersten Mal seit unserem EU-Beitritt 1981 eine gemeinsame Grenze mit dem Rest der Union verbindet. Und zweitens, weil wir fest davon überzeugt sind, dass der Beitritt von Rumänien und Bulgarien ein weiterer wichtiger Schritt hin zum Aufbau einer europäischen Nachbarschaft ist, geprägt von Frieden, Demokratie, wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Wir glauben fest daran, dass eine europäische Perspektive für den Balkan der Auslöser für Sicherheit und Stabilität in der Region sein wird.

neaFon: Mit der momentanen Verfassungskrise, also ohne festen Vertrag über mehr Demokratie, Toleranz und Mehrheitsentscheidungen, verliert die EU auf Dauer an Attraktivität und Aktionsfähigkeit. Was kann man da tun und halten Sie es für richtig, die Zukunft dieses Vertrags zunächst nur mit den Regierungen der EU zu erörtern, also in Abwesenheit der Öffentlichkeit.

D. Bakojannis: Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass diesem einzigartigen demokratischen Experiment, der Europäischen Union, die Puste ausgehen sollte. Offenkundig braucht das europäische Projekt neue Impulse. Das europäische Modell muss v.a. nach den letzten Erweiterungsrounds im institutionellen Bereich wieder neu justiert werden, um die Effizienz, Effektivität und Stimmigkeit seiner Entscheidungswege zu verbessern. Die EU hat eine neue Phase erreicht, in der wegweisende Initiativen und Entscheidungen getroffen werden müssen und darauf sollten wir auch bestehen. Die notwendigen Veränderungen müssen dabei über bloße Detailkorrekturen hinausgehen.

Unser Entscheidungsfindungsprozess braucht einen gehörigen Schwung frischer, sozusagen "demokratischer" Luft. Wie immer bei solchen Veränderungen spielt die öffentliche Meinung eine entscheidende Rolle, da sie im demokratischen Prozess der Maßstab unseres Handelns ist. Die EU darf sich nicht länger damit begnügen, einfach nur die Kluft zu den Bürgern überwinden zu wollen. Am wichtigsten ist, dass ihre Kommunikation den Bürgern mit Begeisterung, präzise und konkret, vermittelt, welche Vor- und Nachteile der Bau unseres gemeinsamen Europas mit sich bringt. Die Mitgliedsstaaten müssen eine konsequente kommunikative Strategie anwenden, um in allen Ländern für Europa zu werben und im Ausland als überzeugte Europäer zu sprechen.

neaFon: Wie sieht denn die Zukunft Europas nach Ihrer persönlichen Meinung aus. Was werden die Änderungen sein in fünfzehn oder zwanzig Jahren.

D. Bakojanis: Angesichts der radikalen Veränderungen, die die EU in den letzten 15, 20 Jahren erlebt hat, könnte man sagen, dass es unmöglich ist vorauszusagen, was für ein Europa uns Ende des nächsten Jahrzehnts erwartet. Aber es ist wichtig, dass sich die EU auf ihre grundlegenden Normen und Werte konzentriert. Die Union muss sich anpassen, um einer Fülle in- und externer Herausforderungen entgegentreten zu können. Es liegt auf der Hand, dass die Entscheidungen Europas in den kommenden Jahren deutlicher berechenbar werden müssen als das bisher der Fall war und Europa im Zeitalter der Globalisierung auch produktiver und wettbewerbsfähiger werden muss. Das europäische Sozialmodell muss modernisiert werden, um seinen unverwechselbar europäischen Charakter erhalten zu können. Gleichzeitig sollten wir auch das Ziel verfolgen, eine noch stärker vereinigte Europäische Union zu schaffen, die ganz unterschiedliche Kulturen und Religionen mit einschließt. Enorm wichtig wird es auch sein, dass wir es endlich schaffen, als EU in der Welt mit einer Stimme zu sprechen und eine konstante

außenpolitische Haltung zu vertreten.

neaFon: Es ist doch wahr, dass die Medien in Deutschland und in Griechenland zu wenig von der EU berichten. Fühlen sich die Griechen und die Deutschen doch noch nicht als Europäer oder sind die politischen, wirtschaftlichen und religiösen Probleme jedes Landes so unterschiedlich.

D. Bakojanis: Ich glaube nicht, dass wenig über das berichtet wird, was in der EU passiert. Klar könnte es mehr sein, aber das ist Teil eines größeren Problems beim Informationsfluss, um das sich die EU kümmern muss.



Dies hat vor allem damit zu tun, dass wir die EU in die Lage versetzen müssen, näher an die Bürger zu rücken. Die Griechen fühlen sich als Europäer. Davon bin ich überzeugt und die Umfragen bestätigen das auch. Natürlich sind die griechischen Bürger über einzelne Abläufe innerhalb der EU von Zeit zu Zeit skeptisch, aber das schlägt sich dann weder in Euroskeptizismus nieder, noch darin, dass sich die Bürger von Europa abwenden. Im Gegenteil, die Griechen sind in hohem Maße pro-europäisch eingestellt und ich denke, das, was wir in der EU bewirkt haben, bestätigt diesen Eindruck. Aber es ist andererseits doch auch ganz klar, dass man

Bild oben:
(v.l.n.r.)

Dora Bakojanis,
Außenministerin
Griechenlands,
**Konstantinos
Karamanlis**,
Premierminister
Griechenlands und
Angela Merkel,
Bundeskanzlerin
Deutschlands

sich als Normalbürger im Alltag mehr Gedanken über Entwicklungen in der heimischen Wirtschaft und Politik macht und darüber, welche Auswirkungen diese auf das eigene Leben haben. Dennoch sind wir uns auch der Bedeutung und des Nutzens dessen bewusst, was in Brüssel und anderen europäischen Ländern passiert und dass es direkte Auswirkungen auf uns hat. Es ist genauso, wie Teil einer Familie zu sein: Jedes Mitglied beschäftigt sich zunächst einmal mit seinen Privatangelegenheiten, ist sich aber stets bewusst und auch hochinteressiert daran, was mit den anderen Familienmitgliedern passiert. Teil der EU zu sein kommt dem unserer Auffassung nach sehr nahe.

neaFon: Dieses Jahr sind die Parlamentswahlen in der Türkei. Glauben Sie, dass in Bezug auf die griechisch-türkischen Beziehungen und die türkisch-europäischen Beziehungen eine schwere Periode auf uns zukommt.

D. Bakojannis: Die Wahlen werden zunächst einmal für die Türkei selber entscheidend sein. Es gibt dort innenpolitische Streitpunkte, die für das Land, aber auch die ganze Region bezeichnend sind und die bei dieser Wahl mit Sicherheit eine Rolle spielen. Wie bei jeder anderen demokratischen Wahl auch wird das Volk seine Meinung äußern, die Politiker werden bewertet und erhalten dann den Auftrag, den Willen der Bevölkerung umzusetzen. Und wie bei den meisten vergangenen Parlamentswahlen kann dies auch Spannungen mit sich bringen. Außerdem hat die Türkei das Ziel der Aufnahme in die EU vor Augen, auf das sie hinarbeitet. Natürlich wird die Europäische Union die Entscheidung des Volkes respektieren und mit der türkischen Führung zusammenarbeiten. Ich vertraue darauf, dass - was auch immer das Ergebnis der Wahl in der Türkei sein wird - das Land den Weg der Reformen weitergeht. Wie ich schon oft gesagt habe, unterstützen wir die europäische Perspektive der Türkei und vertreten die Haltung, dass die vollständige Einhaltung des gemeinschaftlichen Besitzstandes europäischer Ge-

setze zur Vollmitgliedschaft führen sollte. Ich hoffe, dass unabhängig davon, wer aus den kommenden Wahlen als Sieger hervorgeht, es das Ziel der Führung sein wird, Schritte auf Europa zuzugehen, die nötigen Reformen umzusetzen und keine Mühen zu scheuen, die nötig sind um EU-Mitglied zu werden.

neaFon: In Athen leben 200.000 Muslime und doch ist Athen die einzige europäische Hauptstadt, die keine "offizielle" Moschee hat. Ist die Angst vor Extremisten so groß oder ist es die griechische orthodoxe Bevölkerung, die so ein Vorhaben stoppt.

D. Bakojannis: Dieses Thema wurde von unserer jetzigen Regierung angegangen. Im vergangenen November hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den Bau einer Moschee in Athen erlaubt. Aber die Tatsache, dass es bisher keine offizielle Moschee in Athen gab, kommt eher davon, dass bis in die Neunziger Jahre kaum Muslime in der Stadt wohnten. Angesichts des demographischen Wandels im vergangenen Jahrzehnt, seitdem Athen immer mehr Muslime zählt, hat diese Regierung das vorliegende Problem angepackt und ihm mit dem angesprochenen Gesetz Rechnung getragen. Daher wird Athen bald auch seine Moschee haben, was ich schon als Athener Bürgermeisterin immer gefordert habe. Wissen Sie, hier in Griechenland respektieren und schätzen wir das Recht auf freie Religionsausübung. Ich kann beispielsweise mit Stolz berichten, dass, als die Thematik mit den Karikaturen des Propheten Mohammed hochkochte, keine einzige griechische Zeitung diese abgedruckt hat.

neaFon: Über den seit 1991 andauernden Streit zwischen Griechenland und FYROM über die Nutzung des Namens "Republik Mazedonien" und Symbolen der mazedonischen Geschichte ist in Deutschland nicht viel bekannt. Und dass der Streit wegen der Umbenennung des Flughafens von Skopje von bislang "Petrovec" auf "Alexander der Große"

einen neuen Höhepunkt erreicht hat, ist auch nicht bekannt. Können Sie uns über diesen Streit und die neue Situation berichten.

D. Bakojannis: Wie Sie wissen, hat Griechenland die FYROM in der Vergangenheit oft unterstützt und dabei seinen guten Willen demonstriert. Wir wollen, dass die FYROM ein stabiles und prosperierendes Land ist. Wir haben massiv in dem Land investiert und damit sein Wirtschaftswachstum gefördert. Um den Namensstreit beizulegen, laufen Verhandlungen in den Vereinten Nationen und wir hoffen, dass bald eine beidseitig akzeptable Lösung gefunden wird. Wie Sie sicher verstehen können, ist das griechische Volk bei diesem Thema sehr sensibel. Wir halten es für problematisch, dass sich die Regierung in Skopje mit dem Namen der historischen griechischen Region Mazedonien anreden lässt und auf diesen ein Monopol erhebt.

Angesichts dessen und wenn man bedenkt, dass die Verhandlungen laufen, ist es klar, dass die Entscheidung der FYROM-Regierung, den Flughafen von Skopje "Alexander der Große" zu nennen, der positiven und konstruktiven Haltung, die Griechenland in dieser Angelegenheit bisher gezeigt hat, nicht gerecht wird. Diese Entscheidung trägt wenig dazu bei, unsere guten nachbarschaftlichen Beziehungen auszubauen und regionale Zusammenarbeit zu fördern. Wir haben deutlich gemacht, dass wir die Ersten sind, die einem Beitritt der FYROM zur NATO und EU zustimmen, sobald wir eine beidseitig akzeptable Lösung finden, was den Namen angeht.

neaFon: Frau Bakojannis, glauben Sie, dass der Terroranschlag vom 12. Januar auf die amerikanische Botschaft in Athen wirtschaftliche Konsequenzen haben wird, da solche Anschläge für Investoren und Touristen ein Grund sein könnten, von Griechenland fern zu bleiben?

D. Bakojannis: Der Anschlag auf die US-Botschaft in Athen war zweifellos ein bedauer-

licher terroristischer Akt, den wir zutiefst verurteilen. Ich möchte betonen, dass wir in Griechenland viel im Kampf gegen den Terror von innen getan haben. Wir werden auch weiter alles was wir können dafür tun, um den Terror sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Grenzen zu besiegen. Und wir werden auch in Zukunft alles in unserer Macht stehende dafür tun, um Versuche zu unterbinden, die internationalen Beziehungen unseres Landes zu unterlaufen sowie Allianzen und Bande der Freundschaft, die im Laufe der Zeit entstanden sind, aufs Spiel zu setzen. Wir halten das Ereignis vom 12.

Januar für einen Einzelfall, der als solcher, da bin ich mir sicher, keine wirtschaftlichen Nachteile für unser Land haben wird. Ich denke, es ist bekannt, dass wir ein sicheres und friedliches Land sind. Ein Land, das seinen Bewohnern Wertschätzung und Respekt entgegenbringt. Wir haben Anstrengungen unternommen, um eine Atmosphäre zu schaffen, die Ausländer und

ausländische Investitionen anlockt und wir bleiben der weiteren Verbesserung dieser Bedingungen treu. Lassen sie mich daran erinnern, dass Griechenland mit großem Erfolg die Olympischen Spiele 2004 ausgerichtet hat, mit den modernsten Sicherheitssystemen ausgestattet ist und den starken politischen Willen hat, diese Art von Aktionen vollständig abzustellen. Unser Land heißt jährlich 15 Mio. Urlauber willkommen und macht gerade eine Reformphase durch, in der die öffentlichen Verwaltungen und staatliche Strukturen modernisiert werden,



damit die Auslandsinvestitionen in Griechenland weiter ansteigen.

neaFon: Und noch eine letzte Frage Frau Bakojannis. Niemand mehr kann leugnen, dass es eine Klimakatastrophe gibt.

In Herbrechtingen an der Brenz, wo ich aufgewachsen bin, hatten wir im Winter zwei Meter Schnee. Und jetzt, dreißig Jahre später, zehn Grad Wärme. Wann wird denn den Politikern endlich bewusst, dass das unser Leben nur schön sein kann, solange die Natur und die Umwelt intakt sind?

Beschäftigt Sie dieses Thema und was tun Sie dafür?

D. Bakojannis: Ich bin als Bürgerin besorgt, als Politikerin und auch als Mutter. Ehrlich gesagt habe ich absolut nicht das Gefühl, mir als Einzige Sorgen um die Zukunft unseres Planeten zu machen. Politiker werden immer mehr mit diesem Thema befasst. Ich habe erst gestern Al Gores beeindruckende neue Dokumentation "Eine unbequeme Wahrheit" gesehen, in welcher die These aufgestellt wird, dass der menschliche Anteil am Klimawandel von Natur aus ein moralisches Problem darstellt. Ich halte die alleinige Tatsache, dass diesem Film weltweit so viel Aufmerksamkeit zuteil wurde, für einen klaren Beweis dafür, dass die Zukunft unseres Planeten von der Öffentlichkeit als äußerst wichtiges Thema wahrgenommen wird.

Inzwischen sind die Umweltprobleme so groß geworden, dass wir die notwendigen politischen Entscheidungen, die den Menschen einen Wandel ihres Lebensstils ermöglichen, nicht weiter aufschieben dürfen.

Ein Beispiel für eine solche Aktion ist die Kampagne "Macht Athen sauber!", die ich als Athener Bürgermeisterin ins Leben gerufen habe. Diese Kampagne beinhaltete sowohl Innovationen seitens der Stadt, als auch - und das war noch viel wichtiger - die Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins

für Themen wie z.B. Recycling. Ich erinnere mich noch genau daran, wie positiv unsere Aktion von der Öffentlichkeit aufgenommen wurde.

Wir haben zwar noch einen weiten Weg vor uns, konnten aber auch schon einige Fortschritte erzielen. In der EU haben wir nicht länger gezögert und in unterschiedlichen Bereichen Maßnahmen zum Umweltschutz ergriffen. Wir haben versucht, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu verbinden, was eine nicht zu unterschätzende Herausforderung darstellt. Es war das Ziel unseres koordinierten EU-Programms "Umwelt 2010: Unsere Zukunft liegt in unserer Hand", Klimawandel, globale Erwärmung, natürliche Lebensräume und Müllverwertung in den Blickpunkt zu rücken. Darüber hinaus betont dieses Aktionsprogramm die Notwendigkeit, bereits bestehende Gesetze auch konsequent durchzusetzen und die Auswirkungen auf die Umwelt als Faktor bei allen relevanten EU-Politikfeldern ernsthaft mit einzubeziehen, die Privatwirtschaft in die Pflicht zu nehmen sowie ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Wie Sie an dieser kurzen Zusammenfassung sehen können, haben wir bei der EU nicht die Hände in den Schoß gelegt. Wir glauben daran, dass man die größte Wirkung erzielt, wenn man gemeinsam vorgeht.

Bürger müssen sich einsetzen und tun dies auch, genau wie die Politik. Aber jeder Einzelne von uns muss mehr tun, wenn wir nicht unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder aus Spiel setzen wollen.

neaFon: Frau Bakojannis, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.